

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Organpreis vierteljährlich 50 Pfk., Einzelnummer 5 Pfk.
Eingetragen in die Reichsdruck-Zeitungsliste unter Nr. 5047a.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Hummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röschstraße 16.
Fernsprecher: Nr. 2800. - Postfachkonto Stuttgart 4808.

Anzeigengebühr
für die sechsgepaltene Kolonietzelle oder deren Raum 50 Mark.
Geschäftsangelegenheiten finden keine Aufnahme.

Das Fest der Liebe u. des Friedens

Als in der heiligen Weihnacht, so erzählt uns die fromme Sage, die Hirten auf Bethlehem's Fluren ihre Herden hüteten, erschien ihnen ein Engel Gottes und verkündete ihnen die frohe Botschaft des Friedens und der Liebe. Allen Völkern sollte Freude widerfahren, denn der in der Stadt Davids geborene Messias würde der Menschheit das Heil bringen und das Reich der Gerechtigkeit und der Menschenliebe gründen. In dieser heiligen Nacht wurde das Christentum ins Leben gerufen, das nun fast zweitausend Jahren seine Tätigkeit ausübt. Alljährlich wird zu Weihnachten von den christlichen Völkern das Evangelium der Weltverkündigung und der Weltverneuerung gepredigt, ein Evangelium, das in der Gegenwart geradezu wie ein Hohn klingt auf die Wirklichkeit. In einer Zeit wie der heutigen, in der Menschen, die sich Christen nennen, sich gegenseitig bekämpfen und befeinden, sich gegenseitig ausbeuten und überwältigen, in einer Zeit des Hasses und des Klassenhasses findet die frohe Botschaft vom Gottesreiche taube Ohren und kalte Herzen. Es besteht ein klassischer Gegensatz zwischen der christlichen Lehre und der christlichen Praxis, und da dieser Gegensatz allgemein als eine Verhöhnung des wahren Christentums empfunden wird, wenden sich viele Schichten der Bevölkerung von dem offiziellen Christentum ab und legen ihre ganze Hoffnung auf den Sozialismus. Die Auseinandersetzung zwischen Christentum und Sozialismus steht heutzutage im Mittelpunkt des Interesses, auf diesem Gebiete spielt sich der Kampf der Welt ab, der über die Zukunft der Welt entscheiden wird.

Wenn man die vier Evangelien unbefangen liest, so findet man, daß das Christentum einen ausgesprochen proletarisch-sozialistischen Charakter trägt. Christus selbst wird uns als ein Proletarier vom reinen Wasser geschildert, der von armen Leuten abkam und zeltelndes mit armen Leuten verkehrte, der mit den Reichen und Vornehmen nichts zu tun haben wollte, von den Reichen für ein Hindernis vor sich gehalten, der von sich sagte, daß er nicht so viel wisse, wofür er sein Haupt legen könne, der ausdrücklich betonte, daß er gekommen sei, um den Armen das Evangelium zu verkünden. Begründend hierfür ist die Darstellung vom jüngsten Gericht, die er seinen Jüngern gibt. Wenn der Menschensohn am Ende der Tage wiederkommen und auf dem Stuhl seiner Herrlichkeit sitzen wird, so wird er die Seelen der Verstorbenen vor seinen Richterstuhl fordern und die Gerechten von den Ungerechten scheiden. Zu den Ungerechten wird er sprechen: "Ich bin hungrig gewesen und ihr habt mich nicht gespeist, ich bin durstig gewesen und ihr habt mich nicht getränkt, ich bin nackt gewesen und ihr habt mich nicht bekleidet." Dann werden die Ungerechten saule Andreden machen, daß sie ihn niemals gesehen und ihm deshalb auch nicht hätten helfen können, aber der Weltrichter wird ihnen erwidern: "Was ihr dem Geringsten meiner Brüder nicht getan habt, das habt ihr mir nicht getan!" Das ist doch wahrlich ein proletarisch-sozialistischer Gedanke, daß sich der Weltrichter, der Herr über Leben und Tod, mit den Ärmsten und elendesten Menschen auf die gleiche Stufe stellt, indem er sie seine Brüder nennt. So trägt das Christusbild in den Evangelien zahlreiche Züge an sich, die dem Sozialismus aus dem Gesicht geschnitten sind, und daraus erklärt sich die innere Verwandtschaft zwischen Urchristentum und Sozialismus, die von allen wahren Christen immer betont worden ist.

Auch die Kern- und Grundgedanken des ursprünglichen Christentums stimmen mit den Idealen und Forderungen des Sozialismus überein. Da ist zunächst der Gedanke des Solidarismus. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit soll zu einer Tatfache werden, die Überzeugung, daß wir uns Menschen gegenseitig helfen und unterstützen müssen, soll unser Tun und Lassen bestimmen, nicht mehr bekämpfen und zerfleischen sollen sich die Menschen, sie sollen in friedlichem Wettbewerb ihre Kräfte messen und sich gegenseitig dienen. Ferner der Gedanke der persönlichen und der sozialen Gerechtigkeit und der allumfassenden, talkräftigen Menschenliebe. Christus hat die wertvolle Liebe als den Kerngedanken seiner Lehre hingestellt. Die Menschenliebe, die uns lehrt, wie lieb und verwandt der eine Mensch dem andern ist (so drückt sich der Sokrateschüler Plato aus), soll eine Menschheit schaffen, die innerlich miteinander befreundet ist, die eine Gemeinschaft bildet ohne Haß, Neid und Bekämpfung. Endlich noch der Gedanke der sozialen Gleichwertigkeit, der fordert, daß der Mensch nicht danach bewertet wird, was er besitzt, welche Stellung er einnimmt und welcher Herkunft er ist, sondern danach, was er für die Menschheit leistet. Jeder Kenner muß sagen, daß die ursprünglichen Gedanken sich mit den sozialistischen Forderungen decken, wobei noch hervorzuheben ist, daß auch bereits die vorchristlichen Sozialphilosophen die gleichen Grundzüge vertreten haben.

Feinder sind diese christlichen Forderungen niemals und nirgends in größerem Umfange verwirklicht worden. Störrisch hat das Christentum manches Gute für die Menschheit geschaffen (die schlechten Taten wollen wir mit dem Mantel der Liebe bedecken), es hat hohe Leistungen auf dem Gebiet der Wissenschaft, Kunst, Literatur und kultureller Beziehung, aber es hat das nicht fertiggebracht, was Christus gewollt hat, nämlich ein menschliches Zusammenleben nach christlichen Grundsätzen. Es ist ihm nicht gelungen, die Menschen zu wirklichen Christen zu machen, denn wir kennen uns als Christen, aber wir sind keine Christen. Deshalb hat es zu allen Zeiten gute Christen gegeben, wie es in auch gute Heiden, Juden, Mohammedaner usw. gegeben hat, aber wie findet man ein Dorf, eine Stadt, eine Provinz, ein

Land, in denen ein christliches Leben herrscht, in denen die Bewohner so miteinander zusammenleben, wie es Christus gewollt hat? Ein Kenner der Vergangenheit und Gegenwart muß bekennen, daß das Christentum seine Aufgabe nicht erfüllt, daß es versagt hat. Die christliche Geschichte erzählt sehr wenig von einer Menschheit, die nach den Grundsätzen des Solidarismus, der Gerechtigkeit, der Liebe und der sozialen Gleichwertigkeit gelebt und gehandelt hat, desto mehr aber erzählt sie von gegenseitiger Ausbeutung und Bekämpfung. Und wie verschwindend wenig praktisches Christentum wir in der Gegenwart finden, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Unsere heutige kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, unser Leben und Treiben innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen ist ein blutiger Hohn auf das Christentum. Nur ein Wunder oder ein Fanatismus vermag dies zu bestrafen.

Hier wirft sich nun die sehr wichtige Frage auf: "Wie erklärt sich dies Versagen des Christentums?" Eine Frage, die jeden Vorkämpfer und jeden Bekämpfer des Christentums zum Nachdenken anregen sollte. Will man diese Frage ohne Voreingenommenheit rein objektiv beantworten, so muß man sagen, daß die Ursache hiervon in der einseitigen Methode zu suchen ist, die das Christentum angewandt hat. Es ist von der durchaus falschen Auffassung ausgegangen, daß man die Menschen von innen heraus umgestalten, daß man sie durch Predigen und Belehren, durch Mahnen und Warnen, durch Drohen und Strafen zu anderen Menschen machen könne. Die Geschichte und die Erfahrung des täglichen Lebens lehrt, daß dies ein Ding der Unmöglichkeit ist, daß die christliche Lehre nicht die Kraft besitzt, die Menschen, so wie sie nun einmal sind, in Christen umzuwandeln. Diese Tatsache ist begründet in der menschlichen Natur und in dem Wesen des menschlichen Zusammenlebens. Bekanntlich wird das Tun und Lassen der Menschen und ihr Verhalten zueinander durch zwei Faktoren bestimmt. Zunächst ist es die Veranlagung, der Charakter, die Bildung, die Erziehung, der Umgang, der über die Handlungsbereitschaft der Menschen entscheidet, sodann aber üben die wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Verhältnisse einen starken Einfluß aus. Menschen und Verhältnisse stehen in einer ununterbrochenen Wechselwirkung, sie beeinflussen und bedingen sich gegenseitig. Der Mensch ist nicht das Produkt der Verhältnisse, wie häufig gesagt wird, aber er steht unter dem Einfluß der Verhältnisse, ist aber seinerseits in Umstände, die die Verhältnisse zu beeinflussen und umgestalten können. Will man bessere Verhältnisse haben, so muß man bessere Menschen schaffen, will man bessere Menschen haben, so muß man bessere Verhältnisse schaffen. Das das Christentum diese fundamentale Wahrheit nicht erkannt hat, das ist sein Fehler und sein Verhängnis, deshalb muß es noch heute tagtäglich die Erfahrung machen, daß alle seine Bemühungen, die Menschheit zu christlichen, vergebliche Liebesmühen sind. Weil es sich mit dem ausbeuterischen Kapitalismus abgefunden, weil es seinen Frieden geschlossen hat mit dem System, das die bestehenden und bevorstehenden Klassen befördert, deshalb bleibt all sein Predigen und Lehren wirkungslos, deshalb können die Weltwachtglocken vergeblich läuten.

Die einseitige Methode des Christentums spiegelt sich wieder in dem Sage, der Christus in den Mund gelegt, daß ein guter Baum naturgemäß gute Früchte bringen müsse, daß also ein Mensch, der einen guten Kern in sich habe und gut erzogen sei, auch gute Handlungen verrichten werde. Diese Auffassung ist offenbar irrig, denn wie ein guter Baum nur dann gute Früchte tragen wird, wenn er in einem guten, gesunden Erdreich wächst, so wird auch ein Mensch, der einen guten Charakter besitzt, nur dann gut und sozial handeln, wenn er in gesunden Verhältnissen lebt. Durch diese Erkenntnis erhebt sich der moderne Sozialismus turmhoch über alle Religionen und Moralismen der Vergangenheit und Gegenwart. Und er legt diese Erkenntnis in die Praxis um, indem er nicht nur erfüllt bemüht ist, solche Möglichkeiten zu schaffen, daß die Erzeugung, Erziehung, Auszubildung und Schulung tüchtiger Menschen gewährleistet wird, sondern indem er sich auch bemüht, Verhältnisse und Lebensbedingungen zu schaffen, die die sozialen Triebe der Menschen wecken und fördern und die antisozialen Triebe ersticken. Der Sozialismus ist nicht nur eine Bildungs- und Erziehungsfrage, eine Frage der Förmung einer höheren Menschheit, er ist auch eine Wirtschaftsfrage. Er will den Stumpf des Kapitalismus trocken legen, um die giftigen Dünste zu beseitigen, er will ein gesundes Erdreich schaffen, aus dem das kapitalistische Unkraut der Habgier und Erwerbssüchtigkeit, der Ausbeutung und Unterdrückung mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden ist. Eine sozialistische Wirtschaftsweise, in der es keine Ausbeutungsmöglichkeit mehr gibt, ist die Vorbedingung eines Zusammenlebens nach christlich-sozialistischen Grundsätzen.

Im Grunde genommen besteht also gar kein Gegensatz zwischen wahren Christentum und wahren Sozialismus. Nur hat das verweltlichte, kapitalistisch veränderte Christentum sich auf das Predigen beschränkt und die Ausbeutungswirtschaft unangestraft gelassen, während der moderne Sozialismus das Unkraut der Habgier angreift und die wirtschaftlichen Ursachen aufrichtig geißelt, heilsamen und stillen Fleiß befördert. Diese Erwägungen und Gedanken sollten sich alle jene Proletarier durch den Kopf gehen lassen, die aus alter Gewohnheit liebgewordene Anschauungen nicht aufgeben wollen. Das empfindet doch jeder unbeschamte Reichtum beim Feiern der Weihnachtsglücken und beim Verkünden der Friedensbotschaft, daß eine ungeheure Kraft vorhanden ist, welche christlicher Lehre und Praxis. Diese Kraft will der Sozialismus überbrücken. F. L.

Die Metallarbeiterbewegung Elsaß-Lothringens seit 1918

Auf dem Verbandstag des Elsaß-Lothringischen Metallarbeiter-Verbandes (Juli 1922) stimmte der Richtungsstreit festig auf, der die Auflösung des Verbandes vorsehe. Den beiden Sekretären O. und G. wurde gefordert, zur begründeten Überlegung der Organisation zurückgekehrt. Anstelle des Hauptvorstandes kam eine Verwaltungskommission mit dem Sitz in Straßburg. Mit den Stimmen der Vertreter der Bezirke Niederelsaß und Mosel und 9 Stimmen von den 19 des Oberelsaß wurde der Ausschuss an den kommunistischen Gewerkschaftsbund Frankreichs (C.G.T.U.) und an die Moskauer Gewerkschaftsinternationale beschloßen. Der Antrag der Mehrzahl der Vertreter des Oberelsaß, wegen des Anschlusses an Moskau eine Urabstimmung vorzunehmen, wurde abgelehnt, worauf sie folgende Erklärung abgaben: Die Vertreter der Ortsvereinigungen Gebweiler, Colmar, Lann, Bingenheim und St. Louis erklären, daß sie trotz dieser Abstimmung die Frage der Neuorientierung den Mitgliedern des Haut-Rhin (Oberelsaß) zur Debatte und Entscheidung vorlegen werden. Nur die Gesamtentscheidung der Mitglieder wird für uns maßgebend sein.

Dezentralisation war also das Ergebnis. Nun ging der Kampf um die Richtung lustig weiter. Die Folge war immer weniger Mitglieder. Altersjüngere Mitglieder wurden meistens in den Versammlungen niedergebrellt von Leuten, die erst mit dem Einzug der Franzosen einbestanden hatten, das es auch gewerkschaftliche Organisationen gibt. Die Folge war Fernbleiben gerade der tüchtigsten Köpfe der Organisation. Dadurch kam in die Versammlungen eine geistige Verwilderung. Der Spaltzug ersuchte man auch Gruppen, die bis dahin davon verschont geblieben waren. Der rasende Niedergang veranlaßte eine Anzahl Straßburger Metallarbeiter, die die Ursache der traurigen Dinge zu erfassen verstanden, einen neuen Verband zu gründen. Dieser soll heute in Straßburg schon über 500 Mitglieder zählen und auf dem besten Wege sein, den kommunistischen Verband zu überflügeln. Freilich erklären gewerkschaftlich erprobte Mitglieder, die neue Gründung sei vom Abzug; es sei besser gewesen, innerhalb des bestehenden Verbandes auf Besserung und eine Urabstimmung zu drängen, welche wohl eine Mehrheit für die Amsterdamer Richtung ergeben hätte. Auf jeden Fall müsse jeder ehrliche Gewerkschafter auf die Schließung der Organisation bestehen.

Die Zeit es nun um die geistige und politische Einflutung der Elsaß-Lothringischen Arbeiterbewegung von gestern und heute? Als am 22. November 1918 die Franzosen in Straßburg ihren Einzug hielten und ihnen die Bevölkerung nahezu ohne Ausnahme anjubelte, geschah dies in der ersten Superstition, daß nun auch für die Arbeiterklasse die Zeit der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gekommen sei. Der Widerspruch, der vornehmlich in den vier Jahren und noch im Anfang dieses Jahrzehnts auf der Elsaß-Lothringischen Arbeiterbewegung lastete und sich in der Kriegszeit noch verstärkte, schwand dahin. Aufstatten der ganzen Linie. Die preußische Polizei wurde vertrieben, an deren Stelle trat das französische Regime. Die alten Elsaß-Lothringischen Arbeiterführer, per se von Straßburg, verließen leider in den Jahren, im Übermaß ihrer Gefühle nationalistiche und chauvinistische Töne anzuschlagen.

Wir haben schon auf den Ausdruck des Landtagsabgeordneten M. verzichtet. Zu diesem fügt sich das Interieur des am Tage nach der Revolution in Straßburg gewählten Bürgermeisters und "Parteilosen" P., das er einem Berichterstatter des "Journal d'Alsace et de Lorraine" gab, in welchem folgende Äußerungen enthalten sind: Berichterstatter: Wie denken die maßgebenden Männer der C.G.T. (Gewerkschaftsbund) über das Problem der Deutschen, die noch im Elsaß und Lothringen weilen? P.: Ich glaube nicht, daß die C.G.T. in diesem Punkte liberaler denkt, als die übrigen Elsaßer und Lothringer, aber sie läßt uns die Freiheit, nach unserem Gutdünken zu verfahren. Persönlich bin ich der Ansicht, daß man alle Deutschen aus Elsaß und Lothringen austreiben müsse.

Man bedenke hierbei, daß die ersten Ausweisungen von Deutschen als Gewerkschafts- und Parteiführer waren, die meist jahrzehntelang mit den eingeborenen Parteigenossen gegen den preußischen Militarismus gekämpft und dafür gelitten, Parteigenossen, die unter den größten Opfern die Fahne des Sozialismus im Elsaß aufgespielt haben. Ähnlich wie der obgenannte P. bemüht sich der Genosse G., der auf einer Konferenz in der Schweiz die Ausweisungen der Deutschen zu beschließen versuchte. Die Haltung der freien Presse, des sozialistischen Blattes für das Elsaß, war noch viel schlimmer. Die noch in Straßburg anwesenden deutschen Parteigenossen besetzten dieses Blatt ab, das sie mit schweren Mäßen gründen hielten und durchgehalten hatten. Selbstverständlich gab es auch einige eifrige Parteigenossen, die eine sozialistische Haltung einnahmen. Als die kommunistische Partei in Straßburg gegründet wurde, traten viele alte Parteigenossen zu ihr über, ohne mit dem Moskauer Kommunismus einverstanden zu sein. Sie gingen eben zu einer Arbeiterpartei, von der sie nicht mehr beschimpft wurden, und bezogen ein Blatt, das sie nicht beleidigte. Eine vernünftiger Haltung nahm die Partei im Oberelsaß und ihre Zeitung, der Republikaner, ein. Die oberelssischen Parteigenossen protestierten gegen die Ausweisungen von Deutschen und traten gegen den Verfall der Zeitung. Diese Haltung und ihre offene Kritik gegen führende Genossen von Straßburg und gegen die freie Presse erzielte in der Schweiz schließlich eine Reaktion. Durch ihre Kritik der neuen Herrschaft bekam es die Arbeiterklasse mit neuen Gegnern zu tun. Die Elsaßer glaubten sich bei der Befreiung von amtlichen Stellen zurückgesetzt. Der Ruf: Elsaß-Lothringen den C.G.T. Elsaß-Lothringern lautete wieder auf. Die Presse brachte diese Stimmung immer deutlicher zum Ausdruck. Sie und da wird gar behauptet, früher sei es besser gewesen als heute. Wieviel das wichtig ist, lassen wir dahingestellt.

Das die organisierten Arbeiter in diesem Kampfe nicht müßige Zuschauer sind, ist klar. Auch sie müssen, ob sie wollen oder nicht, politische Fragen erörtern. Wir verweisen nur auf den Streit um die Erhaltung der Elsaß-Lothringischen Eisenbahn als Staatsbetrieb, deren Schicksal allerdings heute schon besiegelt scheint; sie wird wohl von der französischen Oligarchie "nationalisiert" werden. Der Kampf um die Erhaltung des Elsaß-Lothringischen Eisenbahnbetriebs nimmt die Arbeiter nicht minder in Anspruch und zwingt sie, sich mit der Regierungspolitik zu beschäftigen. Aber auch die immerwährenden Maßnahmen gegen Deutschland rufen die Gewerkschaften und Arbeiterpartei auf den Plan. Leider sind sowohl die wirtschaftlichen als politischen Organisationen der Arbeiterklasse durch die "Bellenauerer" gerillt und dadurch zu schwach, ihren eigenen Kampf einzuschlagen. Der "Radikalismus" ist verhängnisvoll noch Trampel, doch heißt man zuversichtlich, diese Krankheit zu überwinden. F. L.

Die politische Seele der Massen! Wer kennt sie? Der Klotzträger ist von Haus aus demokratisch veranlagt. Er verlangt Selbständigkeit und Anerkennung seines Eigenen und Bestreben. Das ist es, was die Arbeiterbewegung erst zu einer politischen Kraft macht. Und heute! Sie sind da! Die Arbeiterbewegung mit seiner Meinung durch, wenn sie das Schicksal nicht selbst in die Hand nehmen will, sondern es dem Schicksal überlassen lässt. Der Arbeiter will nicht nur ein Dasein, er will ein Leben. Er will nicht nur existieren, er will auch leben. Er will nicht nur arbeiten, er will auch denken. Er will nicht nur sein, er will auch sein. Er will nicht nur leben, er will auch leben. Er will nicht nur sein, er will auch sein. Er will nicht nur leben, er will auch leben.

Das Lebensalter der Metallarbeiter

Bist man heillosen, wieviel Zeit für einen zu erwartenden Beruf herabgelassen werden müssen, so ist es notwendig, das durchschnittliche Lebensalter der in Betracht kommenden Berufsangehörigen zu ermitteln. Die hierin liegt der Gedanke, dass der vorliegende Aufsatz dienen soll.

In vielen Berufsständen und sonstigen Stellen in Berlin ergaben die diesen Zweck leitend nach Berufen gesammelten gleichlautendes Material, es wurden daher die regelmäßigen, drei Jahre lang vorhandenen Aufzeichnungen über die gemeldeten, verstorbenen Mitglieder der Berufsstandesliste Berlin des DAVS benutzt. Geburtsjahre, Todesjahre, berufliche Ämter, Beruf und Todesursache war aus den Aufzeichnungen der Liste nach zu entnehmen. Stets und Kupfer- und Eisenarbeiter nur in geringer Zahl eingetragen, sie kamen daher für die Statistik nicht in Betracht; auch Bau- und Maschinenarbeiter, ebenso Metall- und Eisenarbeiter und Feinmechaniker wurden zu einem Beruf zusammengefasst.

Bei der 31. Lebensjahre sind 11 Galvanisierer eingerechnet, deren Mitgliedschaft im Lebensalter der Arbeiter jedoch nicht künstlich vergrößert. Aus der Aufnahmeregistrierung vom 7. Juni 1919 bis zum 26. Oktober 1922 wurden insgesamt 1810 Berufsklassen der angeführten Berufsstände, die zusammen ein Durchschnittsalter von 43,35 Jahren ergaben. Das durchschnittliche Alter der angeführten Berufsstände ergab sich wie folgt, bezogen auf die Verhältniszahlen der eingestellten Belegsätze, entsprechend der statistischen Beiträge.

Es werden nach Berufen geordnet:

Beruf	Durchschnittsalter im Jahre 1922	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Mitglieder bis zum		Anzahl der Mitglieder im Jahre 1922	Anzahl der Mitglieder im Jahre 1922
			20. Jahre	30. Jahre		
Berufsklassen	43,35	1810	19	126	1810	4
Berufsklassen	78	40,28	26	78	5,5	4
Berufsklassen	142	70,71	77	142	5,5	4
Berufsklassen	378	41,24	139	378	8	4
Berufsklassen	528	42,41	227	528	8	4
Berufsklassen	81	44,58	29	81	9	3
Berufsklassen	94	45,59	30	94	—	3
Berufsklassen	12	45,58	4	12	7	4
Berufsklassen	78	47,38	33	78	10	3
Berufsklassen	17	49,29	5	17	6	3
Berufsklassen	16	50,12	4	16	10	2
Berufsklassen	96	50,76	30	96	8	4
Berufsklassen	25	51,42	8	25	8,5	4
Berufsklassen	84	51,45	23	84	9,5	4
Berufsklassen	170	51,57	34	170	11 u. 10,9 u. 9	2
Berufsklassen	19	52,31	5	19	8,5	4

Zusammen 1810 | 43,35 Durchschnitt

Im Vergleich der statistischen ergibt erhebliche Differenzen nicht; denn das Alter der jüngsten Statistik ist viel länger, so ist bei den Arbeiter die Lebenserwartung im Allgemeinen durchschnittlich länger, als bei den Arbeitgebern. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Arbeiterbewegung sich durch die langen Lebenserwartung der Arbeiter zu rechtfertigen vermag. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Verhältnisse von Erlangen von 1860 bis 1874:

Berufsklasse	Durchschnittsalter nach Jahren
Arbeiter	43,3
Arbeitgeber	48,8
Gesamte männliche Bevölkerung	44,4

Der Vergleich beider Statistiken ergibt erhebliche Differenzen nicht; denn das Alter der jüngsten Statistik ist viel länger, so ist bei den Arbeiter die Lebenserwartung im Allgemeinen durchschnittlich länger, als bei den Arbeitgebern. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Arbeiterbewegung sich durch die langen Lebenserwartung der Arbeiter zu rechtfertigen vermag. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Kapitalklassische Gegenstände sind die Waren der Arbeiterbewegung und Arbeiter sind es, die sie produzieren. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Kaufkraft ist weiter, das heißt, die verhältnismäßig der Zahl nach überlegen im DAVS organisiert sind, das längere Lebensalter aufweisen.

Rundum, was die Arbeiterbewegung anbelangt, so ist die Arbeiterbewegung eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Veranschmelzung mit den Kupfer- und Eisenarbeitern

Die Frage des Zusammenschlusses ist im DAVS eine Frage der Zukunft. Sie ist eine Frage der Gerechtigkeit. Sie ist eine Frage der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Die Frage des Zusammenschlusses ist im DAVS eine Frage der Zukunft. Sie ist eine Frage der Gerechtigkeit. Sie ist eine Frage der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Von den 7476 Mitgliedern haben sich 5934 oder 79,6 v. H. an der Abstimmung beteiligt. Für die Veranschmelzung stimmten nur 1525 oder 25,6 v. H., dagegen aber 4345 oder 73,1 v. H. 84 Stimmen waren ungenügend. Die statutarisch vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit ist also nicht erreicht und der Kupfer- und Eisenarbeiter-Verband bleibt bestehen.

Die Forderung der Kupfer- und Eisenarbeiter ist bedauerlich. In der Zeit der größtmöglichen Zusammenfassung aller Kräfte geboten ist, erhebt sich das Resultat der Abstimmung unbegreiflich. Nach der Abstimmung über die Veranschmelzung im Kupfer- und Eisenarbeiter-Verband, die der Abstimmung vorausging, war allerdings nichts anderes zu erwarten. Wenn die Veranschmelzung geltend gemacht wird, so ist das ein Zeichen dafür, dass die Arbeiterbewegung sich durch die langen Lebenserwartung der Arbeiter zu rechtfertigen vermag. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Die Forderung der Kupfer- und Eisenarbeiter ist bedauerlich. In der Zeit der größtmöglichen Zusammenfassung aller Kräfte geboten ist, erhebt sich das Resultat der Abstimmung unbegreiflich. Nach der Abstimmung über die Veranschmelzung im Kupfer- und Eisenarbeiter-Verband, die der Abstimmung vorausging, war allerdings nichts anderes zu erwarten. Wenn die Veranschmelzung geltend gemacht wird, so ist das ein Zeichen dafür, dass die Arbeiterbewegung sich durch die langen Lebenserwartung der Arbeiter zu rechtfertigen vermag. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Kommunistische Rechenschaft

Im Jahre 1922 haben die Kommunisten eine Rechenschaft abgelegt. Die Kommunisten sind eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Die Kommunisten sind eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Fackelträger sind die Arbeiterbewegung und Arbeiter sind es, die sie produzieren. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Geistreiche Unternehmernechte

Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Bezagene Kleidungsstücke und Schilberwerk sollen verkauft werden. Der hieruntergesetzte Händler leihete schlichtweg ab und bemühte sich, die Käufer zu überreden, in Spanien zu reisen. Die Käufer, die keine geeigneten Sachen damit haben, werden nicht zu demselben Ort, in dem sie die Sachen gekauft haben, geführt.

Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Die achtstündige Arbeitszeit der Handwerkslehrlinge

Über die Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit der Handwerkslehrlinge hat der Reichsausschuss der Gewerkschaften ein Gutachten abgegeben. Das Gutachten ist ein Zeichen dafür, dass die Arbeiterbewegung sich durch die langen Lebenserwartung der Arbeiter zu rechtfertigen vermag. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Wie der Achtstundentag aufgeföhrt wird

Der Arbeiterbewegung und Arbeiter sind es, die sie produzieren. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Stunden	Ueberstunden	Stunden	Ueberstunden	Stunden	Ueberstunden
157	61	241	126	108	67
182	88	161	65	160	62
216	130	171	75	—	—
142	48	71	23	—	—

Zusammen 700

Denkmal auf noch werden, das Gans Bundesdelegierten war und als solcher ohne weiteres vorbildlich in puncto Überstunden hätte wirken müssen. In dem Schiedsgericht, das sich mit seinem Ausschuss zu beschaffen hatte, suchte Gans auf Grund von Lohnbüßen zu beweisen, dass er nur 48 Stunden die Woche gearbeitet habe. Als man der Sache auf den Grund ging, stellte es sich heraus, dass Gans zwei Lohnbüßen empfangen hatte, eine mit den normalen Arbeitsstunden und eine mit den Überstunden. Die kommunistischen Delegierten in dem betreffenden Schiedsgericht stimmten gegen den Ausschuss ihres Parteigenossen aus der Organisation, womit auch die Meinung Ausdruck geben, dass ein kommunistischer Parteigenosse den Achtstundentag nach der Methode des Gans zu führen habe.

Die neue Steigerung der Eisenpreise

Der deutsche Stahlmarkt hat am 1. und am 6. Dezember abnormale Höchstpreise erreicht. Das hauptsächlichste Selbstprodukt, das Stahlblech, kostete die Tonne vor dem Kriege 108 M., am 15. November 1922 203.000 M., am 1. Dezember 243.000 M. und jetzt 293.000 M. Bei dem so hohen Preis der Eisenpreise werden die Arbeiterbewegung und Arbeiter sind es, die sie produzieren. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung der Zukunft. Sie ist eine Bewegung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Bewegung der Freiheit. Sie ist eine Bewegung der Liebe. Sie ist eine Bewegung der Wahrheit.

Der Erweiterte Beirat

Am 7. und 8. Dezember fand eine Sitzung des Erweiterten Beirats statt. Auf der Tagesordnung stand:

1. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse und die Bestrebungen des Unternehmertums gegen den Achtstundentag.
2. Erhöhung der Beiträge und Unterstützung unserer Verbände.

Kollege Ditzmann (Stuttgart) schildert die unwirtschaftlichen Verhältnisse, die immer untraglicher werden. Nach der Reichsänderung betrug die Steigerung der Verteuerung der Lebensunterhaltungskosten im November 1922 u. S. gegenüber dem Monat Oktober. Für die Arbeiterklasse kommt bei zunehmender Teuerung eine dauernde Verschlechterung des Reallohnes in Betracht. Die Teuerungsquote stieg um etwa 1200 v. S. gegenüber der Vorjahreszeit, während die Lohnsteigerung in derselben Zeit nur das 350. bis 400fache betrug. Wenn man berücksichtigt, was die arbeitende Bevölkerung seit Beginn des Krieges bis zur Stunde durchgemacht hat, so kann man die immer erregtere werdende Stimmung der Arbeiterklasse verstehen. Die verschiedenen Ersparnisse bei der arbeitenden Bevölkerung können nicht etwa als launenhafte Zufälle bezeichnet werden.

Im Vordergrund der heutigen Wirtschaftskrisen steht neben der Arbeitslosigkeit und Arbeitsverteilung auch das Ernährungsproblem. Die heutigen Arbeitsleistungen sind auf die Dauer nicht möglich, wenn die Ernährungsbedingungen immer schlechter werden. Der Internationale Metallarbeiter-Bund hat kürzlich durch Untersuchungen festgestellt, was erlösende die Verteuerungsskizzen sind. Die Verdienste sowie Lohnhöhen sind sehr unterschiedlich. Kollege Ditzmann verweist auf eine Zusammenstellung aus den einzelnen Bezirken unseres Verbandes. Die nicht genügenden Einzelkenntnisse der Unternehmer haben oftmals ernste Differenzen gestiftet. Dabei haben die Unternehmer, so im chemisch-metallurgischen Industriegebiet, selbst Konflikte provoziert. Die Differenzen, die im Oktober und November d. J. dort austraten, geben den Beweis. Dieser wurden, trotz begründeter Forderung der Gewerkschaften, von den Unternehmern nur ganz geringe Zugeständnisse gemacht. Als hätte die Arbeiterklasse durch einzelne Kommissionen selbstständig versuchte, weitere Lohnherbahrungen zu bekommen, erklärten Unternehmer oder deren Vertreter, daß wenn die Gewerkschaften weiter mehr gefordert hätten, auch mehr bewilligt worden wäre. Die Unternehmer und deren Organisationen arbeiten nach einem bestimmten System und wir nähern uns einem Stadium, wo uns die großen Schwierigkeiten und Kämpfe bereit werden. Die Wertunternehmern haben in der zweiten Novemberhälfte einseitig und ohne vorherige Vereinbarung mit den Gewerkschaften eine Erhöhung der sogenannten "sozialen" Zulagen vor, weilerten sich aber entschieden, in der gleichen Zeitperiode tarifliche Lohnherbahrungen zuzugestehen.

Kollege Ditzmann behandelt dann eingehend die Beitragsfrage. Auch bei der Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen entstehen Schwierigkeiten bezüglich der Behaltene. Nachdem wir uns diesbezüglich bemüht haben, hat der Gesamtvorstand deutscher Metallarbeiter sein Einverständnis mit einem allgemeinen Auspruch über die Beitragsfrage für die Metallindustrie erklärt. Unsere Vertretung wird bemüht sein, einer geforderten Entschließung die Wege zu ebnen.

Die gleiche Lohnfrage hat auch in der letzten Bundesausschreibung des ADGB eine Ablehnung der sozialen Zulagen zu verzeichnen. In der Entscheidung dieser Angelegenheit beobachtet, wird auf unsere Stellungnahme viel dazu betragen hat, um die allgemeine Durchführung dieser Entlohnungsart, wenn auch nicht ganz unmöglich zu machen, so doch stark einzuschränken. Es ist notwendig, betont Ditzmann, daß der erweiterte Beirat auch seine Stellungnahme zum 1. Adventtag erneut zum Ausdruck bringt. Auch hier dürfen wir keine Vorurteile über die Behauptungen von einem Produktivitätsrückgang entgegen den Tatsachen. Wir wissen, wie der Speiseplan der Produktionskosten zum Beispiel, für die Unternehmung, vermindert werden kann. Auch durch den Rückgang wird ein Stagnieren der Arbeiterklasse gefördert. Die letzte Wirtschaft wird heute im weitesten Maße ausgeübt, eine Gemeinwirtschaft, wie wir sie verlangen, kommt nicht in Anwendung. Die Arbeiterklasse hat gegenüber der Wirtschaftslage durchweg gesiegt, darüber besitzen wir auswandter Material. Eine Produktionssteigerung kann durch Verbesserung der Techniken, organisatorischen und sonstigen Einrichtungen ermöglicht werden. Die Betriebsorganisation ist vielfach rückwärts. Es sind aber auch Betriebe, wo ein starker Überwachungsapparat vorhanden, so daß die Angelegenheit sich nicht immer durchfinden. Der Kampf um den Achtstundentag rückt in den Vordergrund. Die freien Gewerkschaften Deutschlands müssen ihn mit allen Kräften vereidigen. Auch sind wir einzig im Internationalen Metallarbeiter-Bund ist die Auffassung eine einheitliche, daß wenn in Deutschland der Achtstundentag befestigt würde, dann das Unternehmertum aller Länder den gleichen Versuch mit allen Mitteln unternehmen würde. Die wirtschaftliche Lage der einzelnen Länder sieht nach wie vor im Zeichen der Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosigkeit beträgt in den skandinavischen Ländern bis zu 30 v. S., ähnlich ist es in England, Belgien, Holland, Italien und der Schweiz. Auch Frankreich leidet unter der Krise. Der Beirat weist darauf hin, daß Deutschland weitpolitisch nicht mehr dieselbe Bedeutung hat als vor dem Krieg. Deutschland wird heute von den sogenannten Superländern in harter Nähe als Objekt behandelt. In Rußland ist sich ein wirtschaftlicher Aufstieg anzubahnen.

Die Arbeit mit den Organisationsverhältnissen in den einzelnen Ländern? Italien und Frankreich zeigen eine Verschlechterung. Dagegen hat der Internationale Metallarbeiter-Bund eine weitere Ausbreitung erfahren. Die englischen Gewerkschaften besitzen auch in Australien, Neuseeland und Südafrika Mitglieder. Der Maschinenbauverband in Nordamerika mit 100.000 Mitgliedern hat ebenfalls einen Nischenbeitrag an den Internationalen Metallarbeiter-Bund beigetragen. Es wird versucht, im Frühjahr 1923 durch das Exekutivkomitee des ADGB mit den in England noch nicht organisierten Metallarbeitergewerkschaften in Verbindung zu kommen. Weiter wurde dem Sekretär des Internationalen Metallarbeiter-Bundes Kollege H. H. Mittelbach, daß der Russische Metallarbeiterverband eine Vertretung des Internationalen Metallarbeiter-Bundes zu seinem Kongress einladen will. Wir sind gewillt, einer sachlichen Aussprache mit Vertretern des russischen Metallarbeiterverbandes zu entsprechen. Unsere Stellung ist gegeben durch die Kongreßbeschlüsse und Zugehörigkeit zum ADGB und Internationalen Gewerkschaftsbund. Können wir eine Annäherung mit den Kameraden anderer Länder ermöglichen, um an die Stelle des heutigen Streikkampfes ein einheitliches Zusammenarbeiten zu setzen, so würde uns das freuen. Wir sind dazu bereit.

Zum Schluß weist Ditzmann auf die Krisenscheinungen in den Bau-, Textil- und einigen anderen Industrien hin und daß auch in der Metallindustrie eine Steigerung der Arbeitslosigkeit wahrscheinlich ist. Wir werden in diesen Monaten sowohl mit den Betriebsräten wie den Gewerkschaftsfunktionären der einzelnen Bezirke unseres Verbandes den Ernst der Lage klären. Es ist notwendig, mit der Funktionären unserer Organisation und in eingehender Erörterung und breiter Basis ein sachliches Zusammenarbeiten im Interesse unseres Verbandes und der Arbeiterklasse zu schaffen. Wir haben große Schwierigkeiten zu überwinden. Die Partei und Gewerkschaften in Anwesenheit werden sich für die Erhaltung des Achtstundentages ausgedehnt haben, so muß dies durch die gesamte Arbeiterklasse geschehen, um so der Öffentlichkeit und dem Unternehmertum zu zeigen, daß wir bereit sind, für die Erhaltung des Achtstundentages alles einzusetzen.

Kollege (Frankfurt a. M.): Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse müssen uns Veranlassung geben, mit der Regierung ein ernstes Wort zu reden. Die Epochenverbände, besonders der ADGB, müssen denfalls von der Regierung andere Maßnahmen verlangen, um der zunehmenden Verteuerung endlich Einhalt zu gebieten. Eine Regierung, die den Steuerbetrag bei der Arbeiterklasse reißlos durchführt, muß auch die Verteuerung ein Ende machen. Was die Verteuerung gegen den Achtstundentag betrifft, so ist die Behauptung der Gegner, wonach die achtstündige Arbeitszeit einen Produktionsrückgang verursacht hat, nicht begründbar.

Kollege (Stuttgart): Die Auffassung des Kollegen Ditzmann wegen einer Umänderung des Russischen Metallarbeiterverbandes an unsere Internationale könnte zu trügerischen Hoffnungen Veranlassung geben. Nach Zeitungsberichten will der Russische Metallarbeiterverband mit dem französischen eine neue internationale Metallarbeiterorganisation schaffen. Was das Verlangen vom ADGB betrifft, andere Maßnahmen bei der Regierung durchzusetzen, ist es auch zweckmäßig, richtige und geeignete Vorschläge zu machen und nicht nur Forderungen aufzustellen.

Kollege (Erfurt): Es ist notwendig und richtig, wenn man versucht, der Arbeiterklasse die politische und wirtschaftliche Lage in deutlicher Weise klar zu machen. Unerfüllbare Hoffnungen sollen nicht erweckt werden. Doch ist auch zu prüfen, ob wir nicht die gewerkschaftliche Arbeit voll ausgenutzt haben. Nicht alle, die wir seit der Revolution gewonnen haben, sind Gewerkschafter geworden. Die Erklärung des ADGB zum Achtstundentag kam rechtzeitig, spät. Der Währungsfrage wie der Geldentwertung muß mehr Beachtung auch von Seiten der Arbeiterklasse geschenkt werden. Mehr beachtet die Vorworte des letzten Beirat im Rheinland und Weistal und verweist darauf, daß die Lohnregelung in der Metallindustrie von der im Bergbau abhängig ist. Es wäre zweckmäßig, die Entwicklung der Kohlenpreise sowie der Kohlensteuer mehr zu beachten und die Regierung auf das Geschäftliche dieser Methode aufmerksam zu machen.

Schulenburg (Stollberg): Die Organisationswirren werden durch die Teilbereiche der Kommunisten nur vermehrt und die Bestrebungen dieser Leute sind nicht nur als gewerkschaftlich, sondern als arbeiterspezifisch zu bezeichnen. Es werden besonders von den Anhängern der KPD der Gewerkschaften Schwierigkeiten bereitet und die ungläublichsten Methoden angewandt, um eine Zustimmung zu erzeugen. So ist man zum Beispiel der Meinung, daß der Generalstreik eines Landes keinen Zweck mehr hat, sondern ein internationaler Generalstreik notwendig ist. Redner ist der Meinung, daß man der Kohlenwertsetzung von Seiten unserer Organisation mehr Beachtung schenken muß. Des weiteren wünscht er einen besseren Informationsdienst innerhalb unseres Verbandes bei Lohnbestimmungen.

Dr. Einstein (Stuttgart): Aber die Lösung des Währungsproblems behält keine Einigkeit. Die Produktion ist mit von der Wertschwankung abhängig. Derzeitigen ist eine richtige Steuererfassung nur möglich, wenn die von der Geldentwertung nicht ausgeschalten wird. Die dauernde Wertentwertung bedingt Handel und Industrie größere Schwierigkeiten. Deutschland hat eine verminderte wirtschaftliche Bedeutung bekommen, als es vor dem Krieg der Fall war. Amerika verarbeitet seine Rohprodukte zum größten Teil selbst. Deutschland ist mehr zu einer Produktion der Wertgegenstände herabgesunken. Bei der Kohlenpreispolitik ist verständlich zu berücksichtigen, zum Beispiel die Holzpreise und daß die Kohlensteuer als Einnahme des Staates in Betracht kommt. Es hat sich eine Kapitalflucht aus den Betrieben bemerkbar gemacht. Die Devisen vom Ausland werden zurückgehalten. Manche Unternehmungen haben nicht mehr ausreichende Betriebsmittel. Für den Achtstundentag muß soviel wie möglich Material unter Berücksichtigung der Verlegetätigkeit und Produktionsausführung des einzelnen pro Stunde unserer Verbandsleitung übermittelt werden.

Dr. Einstein (Stuttgart): Die Währungsfrage hat besonders im Saargebiet große Schwierigkeiten gestellt. Soweit unser Verband dabei in Frage kommt, kann man dies an den hohen Beiträgen erkennen, die diesen Bezirken zurzeit schon 300 bis 400 M pro Woche durch die Einführung der Frankenschulden für die Bergarbeiter wurde ein doppelt so großes Währungsproblem eingeführt, später folgte die Schwerindustrie, das Bahn- und Holzpersonal. Die Preisgestaltung wird natürlich durch den Frankenlohn wesentlich beeinflusst. Die ungenügenden Verhältnisse haben dazu geführt, daß auch die übrige Arbeiterklasse, welche bei der geringen Konsumkraft der Arbeit materiell geschädigt wurde, Frankenlohn forderte. Die in der Bergbauindustrie beschäftigten Arbeiter werden heute noch in Rußland, zurzeit hat sich aber ihr Verdienst einermäßig dem der Frankenschulden angepasst. Die Arbeiter der Schwerindustrie im Saargebiet sind zum größten Teil in französischen Besitz. Das ganze Wirtschaftsleben orientiert sich immer mehr nach dem Frankenlohn und werden auch in diesem Gebiet Stellen nicht zu vermeiden sein, welche auch an unsere Organisation große Anforderungen stellen werden.

Steinhilber (Erfurt): Es ist über wahrzunehmen, daß ein Teil der Arbeiterklasse für wirtschaftliche Auffklärung wenig empfänglich ist. Oft wird man selbst von aufgeklärten Kollegen im Stich gelassen. Redner schildert die Ursache und die Unterdrückung der letzten Streiks in Erfurt. Des weiteren macht er auf das Verhalten der Unternehmungsaufsicht auf, wonach man versucht, in Arbeiterkreisen, besonders bei den Mitgliedern der gelben Beiratsvereine, die Notwendigkeit des Achtstundentages nachzuweisen. Man darf den Mut nicht verlieren und muß vor übertriebenen Forderungen zurückbleiben. Dabei ist allerdings alles zu unternehmen, um die Interessen der Verbandsmittelglieder und damit der Arbeiterklasse nach jeder Richtung hin wahrzunehmen.

Reichel (Düsseldorf): Wenn wir gegen das Erleben der Vertreter der KPD einschreiten wollen, dann werden Beitragsverträge verursacht und man schreit vor Weisheiten und Kokeiten gegenüber den einzelnen Mitgliedern unseres Verbandes sowie anderer Gewerkschaften nicht zurück. Die durch solche wilde Bewegungen entstehenden materiellen Nachteile der Beteiligten sind sehr groß. Es ist notwendig, gegen diejenigen Gewerkschaftsführer, die systematisch unsere Organisation zerstückeln wollen, entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Vordröger (Stuttgart): Bezüglich des Achtstundentages wird wieder über die Möglichkeit der Arbeitszeit kann doch wohl nur durch den Reichrat und Reichstag etwas geändert werden. In Bezug auf die Notwendigkeit von Arbeitsstunden empfehlen wir genaue Nachprüfung durch den Betriebsrat.

Reichel (Stuttgart): Die Sammlung von Material in den Betrieben ist außerordentlich schwierig. Die Arbeitsleistung ist immer zurückgefallen. In der Arbeitsfrage muß von den Kollegen ausgehend Ditzmann gefordert werden. Im übrigen kann man sich das Vertrauen der Kollegen nur durch Taten erringen.

Kollege (Frankfurt) teilt ausdrücklich nochmals mit, daß nicht durch Interventionen erreicht werden kann. Zur Förderung der wirtschaftlichen Arbeit sei die Wiederherstellung der Zwangswirtschaft unerlässlich.

Konrad (Saar): Innerhalb der Einzelorganisation müssen Richtlinien über die Durchführung der Lohnbestimmungen gegeben werden. Jeder denkmögliche Versuch wird die Vorworte bei den einzelnen wilden Bewegungen vorurteilen. Sie sind aber sehr oft angezettelt von begabten Elementen. In Rudolzhafen brodel es schon lange. Nach dem Protokoll der Funktionäre sind die dortigen Vorgänge begreiflich. Nach Verlesen einer in Saar an genommenen Sympathie-Resolution erklärt sich der Kollege Konrad mit der Resolution des Vorstandes einverstanden.

Reichel (Stuttgart): Wir müssen den Geist der internationalen, guten Zusammenarbeit pflegen. Wenn die Voraussetzung eines einheitlichen Zusammenarbeitens gegeben ist, sind wir bereit, einer event. Einleitung des Russischen Metallarbeiterverbandes Folge zu leisten. Soweit wir aber noch lange nicht in Bezug auf die Haltung des Vorstandes in Ausdrucksfragen bei kein Zweifel darüber aufkommen, daß es wünschenswert ist, gegen Schädlinge der Organisation vorzugehen. Bewegungen aber, die aus der Not der Zeit geboren sind, können nicht mit statistischen Mitteln beseitigt werden. Wir werden den Redaktionsrat nicht verlassen.

Reichel (Hannover): Es ist uns bisher gelungen, die Einführung sozialer Zulagen abzumehren, obwohl uns der Schlichtungsausschuß solche zugesprochen hat. Bei einer Zusammenarbeit mit den Russen ist außerordentliche Vorsicht am Platze. Gegenüber den Verbandsschädlingen ist ein energisches Vorgehen des Vorstandes notwendig, bevor es zu spät ist. Der Vorwurf der KPD, die Verbände werden gewerkschaftliche Herbspaltung, hört sich an wie der Ruf: "Kaltet den Teufel!"

Ulrich (Weil): Im Reichrat Nationalrat ist die Höchstzahl der Mitglieder mit 21 Jahren festgesetzt, daher bleibt der Epochenverband etwas zurück. Die sozialen Zulagen sind uns direkt aufgezogen worden. Der Werbungsplan innerhalb der Organisation muß noch besser werden. Die vom Vorstand vorgelegte Resolution enthält unsere grundsätzliche Auffassung. Die Konsequenz ist aber ein Vorgehen gegen die

... in der Tat nicht auf dem Boden des Achtstundentages... Kollege Reichel schildert dann das nicht gerade mutige Verhalten einiger Teilnehmer am Reichsbetriebsratkongreß, welchen er als ein großes Mißgeschick bezeichnet.

H. D. L. (Erfurt) wünscht ein möglichst schnelles Reagieren unserer vollkommene Umstellung und Metallarbeiter-Zeitung auf aktuelle Vorschläge und ein Hervorheben des kulturellen Wertes des Achtstundentages, welchen wir früher mehr in den Vordergrund gestellt haben. Auch der Behaltenefrage müsse größte Aufmerksamkeit geschenkt werden, weil hier das Fundament auf dem unsere Bewegung aufgebaut ist. Er macht weitere Ergänzungsvorschläge zur Vorhand. Resolution.

Sch. (Stuttgart): Nach Verlesen einer Sympathie-Resolution für die Ludwigsbader Streikenden durch Kollege Konrad hält es Kollege Sch. auf Grund seiner eigenen Erfahrungen für notwendig, die Ursachen und Vorgänge des Streiks ausführlich zu schildern. Er stellt fest, daß von den Arbeitgebern eine Verlangung der Arbeitszeit nicht verlangt wurde. Besonders bedauerlich sei, daß die KPD sich in diesen Kampf gemischt habe, der letzten Endes durch die Gewerkschaften ausgegabelt werden müsse.

Dr. Einstein (Stuttgart): Es ist nicht immer möglich, zu den ankommenden Theorien sofort Stellung zu nehmen, aber jedermann möglich, Material aus den Kreisen der Organisation zu erhalten. Ditzmann (Schlußwort): Es muß alles daran gesetzt werden, die Not der Massen zu lindern. Niemand hat ein unerschütterliches Regiment in der Tasche, das aus allem Elend hilft. Die bestehenden Wirtschaftsverhältnisse geben den Ausschlag. In der Frage der Stabilisierung der Marktzellen wie die Auffassung, die in den Verhandlungen der Epochenorganisationen und der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei niedergelegt sind. Die Unternehmern machen sich über den Zusammenbruch nicht allzu viel Kopfzernezen, sie wünschen, nach der Katastrophe auch die Derschaft über das Proletariat zu erhalten. Es gilt, die Arbeiterklasse über die Zusammenhänge aufzuklären.

Die Öffentlichkeit wird sorgfältig bearbeitet in einem Sinn, den den Achtstundentag als das Grundübel an dem ganzen Elend darstellt. Selbst die Frage der Produktionssteigerung soll für diesen Zweck gehalten. Dagegen müssen wir uns wenden. Unsere Auffassung ist in der unerbitterten Resolution niedergelegt.

In den wahren Streiks trägt zweifellos viel die Zustimmung der Arbeiterklasse bei. Wir verurteilen aber ganz entschieden, daß die KPD aus der Zustimmung für ihre Partei Vorteile zu ziehen versucht. Demgegenüber müssen wir betonen, daß die Kugel jetzt in der Hand der Arbeiterklasse liegt. Die KPD wird auf die Dauer dieses Spiel nicht fortführen können. Die Situation für unsere Bewegung ist schwer, da wir es in den Betrieben mit ungeheuren Schwierigkeiten zu tun haben. Darum müssen wir von allen Mitgliedern strenge Disziplin verlangen. Wir können niemanden einen Freibrief ausstellen, daß es in der Organisation machen kann, was ihm gerade beliebt. Niemand redet heute mehr vom großen Betriebsrätekonzeß, und ich kann Wort für Wort unterschreiben, was Köhler darüber gesagt hat. Die Arbeiterbewegung wird weiter gefunden, bei dem Vereinigungskampf der zwei Arbeiterparteien wird es nicht bleiben, unsere Wege laufen doch wieder zusammen. Arbeiten wir in diesem Sinne, so werden wir all der großen Schwierigkeiten leichter Herr und das Proletariat wird wieder besseren Zeiten entgegengehen.

Die Resolution hat einstimmige Annahme und hat folgenden Wortlaut: "Der erweiterte Beirat des ADGB begrüßt die kürzlich durchgeführte Entscheidung der Reichstagsfraktion der SPD, die dem achtstündigen Arbeitszeitgesetz, betriebstechnische und wirtschaftsorganisatorische Fortschritte als Voraussetzung einer Produktionssteigerung vorsehelt und die Befestigung des Achtstundentages mit aller Schärfe ablehnt."

Der erweiterte Beirat weist alle Verbandsmitglieder auf den Ernst der gegenwärtigen Lage hin. Die wirtschaftliche und bürgerliche Demoralisierung schreitet fort; Unternehmer und bürgerliche Parteien fordern trotz dem in immer stärkerer Maße eine verlängerte Arbeitszeit. Die Massen unterworfene Arbeiter gegenüber ist es die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, jeden Anschlag auf den Achtstundentag entschieden abzuwehren.

Der erweiterte Beirat begrüßt die Grundgedanken der Resolution zum Ende des Achtstundentags mit allen Mitteln zu verteidigen, und unterstützt auch fernerhin unerschütterlich festhalten und schärfste Maßnahmen aller Art auf den Achtstundentag. Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirken auf diesen und allen anderen gewerkschaftlichen Gebieten ist unbedingtes Festhalten an der Organisation und peinlichste Beachtung aller gewerkschaftlichen Grundsätze.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung "Beitragsfrage" wird Dr. Einstein (Stuttgart) aus: Der letzte Beirat erteilte dem Vorstand den Auftrag, eine Beitragsvorlage auszuarbeiten, die es ermöglicht, einen Stundenlohn als Beitrag zu erfassen. Das ist durch die Vorlage I geschehen. Mit ihr hat sich der engere Beirat beschäftigt, sie als geeignet befunden; nur sei mit dem Verbandsauschuß zu prüfen, ob wir beschließt sind, solche einschneidende Änderungen vorzunehmen. Ausschuh und Vorstand haben eine Kommission eingesetzt, die nun eine geordnete, aus der Not der Zeit geborene Vorlage vorlegt. Einstimmig war die Frage, ob die Lokalbeiträge ebenfalls befestigt werden sollen. Die Kommission schlägt vor, die Lokalbeiträge abzuschaffen und dem Anteil am Gesamtbeitrag für die Ortsverwaltung auf 20 v. S. zu erhöhen. Diejenigen Ortsverwaltungen, die mit dem 20 v. S. nicht auskommen glauben, sollen die Möglichkeit erhalten, durch einen besonderen Lokalzuschlag ihren örtlichen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Die Höhe des Beitrages soll sich nach der Höhe der Grundbesitzsteuer richten. Nachgehend sein wird ein durchschnittlicher Stundenverdienst des Gesamtverdienens, der natürlich nicht auf 6000 und 7000 errechnet werden kann. Der Kollege Einstein hat als Grundlage den Tariflohn vorge schlagen, das wäre verfehlt, damit könnten die Epochenbeiträge nicht erfüllt werden. Die Ortsverwaltungen können die Arbeitsverhältnisse feststellen und die Summe zum Ausgangspunkt ihrer Rechnung nehmen. Die Verwaltungen dürfen 6 bis 8 Beitragsklassen wählen. Beitragsmaximen werden bezugnehmend 2 M Grundbeitrag, dann steigend von 10 v. S. bis 20 M, vor 20 M aufwärts steigend von 20 bis 30 M. Von diesen Maximen müssen die Verwaltungen ihren Maximalbetrag auswählen. Zwei Wochen nach erfolgten Tarifabschlüssen oder Lohnherbahrungen tritt selbstständig die Beitragssteigerung im Ausmaß des erhöhten Stundenverdienstes in Kraft.

Die Unterhaltungsfrage regeln sich nach einer durchschnittlich errechneten Beitragsleistung, die bei der Streik- und Gemächreitemunterstützung täglich bei 2,75fache des Wochenbeitrages betragen soll. Reihe und Erwerbslosenunterstützung beträgt täglich einen Wochenbeitrag. Während der Dauer einer Unterstützung müssen Beiträge mit Unterbrechung ununterbrochen bleiben, sonst ergeben sich unüberwindliche Schwierigkeiten.

Aus dem Gebiet des Beitragswesens befinden wir uns in einer Zwangslage. Die in der Vorlage niedergelegten Grundsätze können sehr wohl vertreten werden. Von 17 anderen Organisationen sind diese Grundsätze bereits am 1. Oktober mit Erfolg eingeführt. Stimmen Sie zu, werden Sie der Mitgliedschaft gerecht, um zwingt die Reichs (Berlin) Abkommen über die Frage der Zuständigkeit des Erweiterten Beirats zur endgültigen Verabschiedung der Vorlage. D. L. (Erfurt) tritt, die nach seiner Ansicht mangelhaft vorgearbeitete Vorlage dem Vorstand zurück. Nachdem der Beirat der Beirat den Vorstand zweimal mit der Ausarbeitung einer vom Statut abweichenden Vorlage beauftragt habe, sei die Frage der Zuständigkeit des Erweiterten Beirats bereits entschieden. Ditzmann (Saar) erklärt die Vorlage als ein ernstes Wort für den Verband und ersucht um sachliche Beratung der Vorlage. Die Abstimmung ergibt den Reichsbetriebsrat in die sachliche Beratung der Vorlage einzutreten.

Reichel (Saar) ist mit der Eröffnung des Stundenlohn einverstanden, macht aber auf die Schwierigkeiten der Durchführung aufmerksam. Der Anteil der Lokalbeiträge muß auf 20 v. S. festgelegt werden, alle weiteren Lokalbeiträge sind zu beseitigen. Die Unterhaltungsfrage regeln sich in einzelnen Fällen. Schulenburg (Stollberg): Eine anderweitige Regelung des Beitragswesens ist dringend notwendig. Die Kollegen werden

... in der Tat nicht auf dem Boden des Achtstundentages... Kollege Reichel schildert dann das nicht gerade mutige Verhalten einiger Teilnehmer am Reichsbetriebsratkongreß, welchen er als ein großes Mißgeschick bezeichnet.

H. D. L. (Erfurt) wünscht ein möglichst schnelles Reagieren unserer vollkommene Umstellung und Metallarbeiter-Zeitung auf aktuelle Vorschläge und ein Hervorheben des kulturellen Wertes des Achtstundentages, welchen wir früher mehr in den Vordergrund gestellt haben. Auch der Behaltenefrage müsse größte Aufmerksamkeit geschenkt werden, weil hier das Fundament auf dem unsere Bewegung aufgebaut ist. Er macht weitere Ergänzungsvorschläge zur Vorhand. Resolution.

Sch. (Stuttgart): Nach Verlesen einer Sympathie-Resolution für die Ludwigsbader Streikenden durch Kollege Konrad hält es Kollege Sch. auf Grund seiner eigenen Erfahrungen für notwendig, die Ursachen und Vorgänge des Streiks ausführlich zu schildern. Er stellt fest, daß von den Arbeitgebern eine Verlangung der Arbeitszeit nicht verlangt wurde. Besonders bedauerlich sei, daß die KPD sich in diesen Kampf gemischt habe, der letzten Endes durch die Gewerkschaften ausgegabelt werden müsse.

Dr. Einstein (Stuttgart): Es ist nicht immer möglich, zu den ankommenden Theorien sofort Stellung zu nehmen, aber jedermann möglich, Material aus den Kreisen der Organisation zu erhalten. Ditzmann (Schlußwort): Es muß alles daran gesetzt werden, die Not der Massen zu lindern. Niemand hat ein unerschütterliches Regiment in der Tasche, das aus allem Elend hilft. Die bestehenden Wirtschaftsverhältnisse geben den Ausschlag. In der Frage der Stabilisierung der Marktzellen wie die Auffassung, die in den Verhandlungen der Epochenorganisationen und der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei niedergelegt sind. Die Unternehmern machen sich über den Zusammenbruch nicht allzu viel Kopfzernezen, sie wünschen, nach der Katastrophe auch die Derschaft über das Proletariat zu erhalten. Es gilt, die Arbeiterklasse über die Zusammenhänge aufzuklären.

Die Öffentlichkeit wird sorgfältig bearbeitet in einem Sinn, den den den Achtstundentag als das Grundübel an dem ganzen Elend darstellt. Selbst die Frage der Produktionssteigerung soll für diesen Zweck gehalten. Dagegen müssen wir uns wenden. Unsere Auffassung ist in der unerbitterten Resolution niedergelegt.

denkbar sein und die kommende Generalversammlung wird unseren Schritt gutheißen. Es wird ja immer Leute geben, die alles aus reiner Eitelkeit der Opposition herunterreißen. Berechnung und Auszahlung der neuen Unterstellungen wird Schwierigkeiten bereiten und es wird ohne stilles Bitternis nicht abgehen. Kollegen mit hohen Verdiensten werden, wenn sie das Verbrauchsgebiet wechseln, im Nachteil sein. Verteilungen mit mehreren Geschäftsführern können mit dem 20 v. H. nicht bestehen. Eine Begrenzung der Lokalbeiträge muß fallen. Er empfiehlt die Vorlage 1 unverändert anzunehmen.

Strobel (Chemnitz) glaubt nicht, daß die Generalversammlung wegen dieser vernünftigen Regelung Schwierigkeiten bereiten wird. Die großen Unterschiede bei den Nordverträgen werden es unmöglich machen, die hohen Verdienste zu erfassen. Beitragsmatten sollen möglichst von 5 zu 5 A hergestellt werden. Mit unserer jetzigen Regelung sind wir immer um das 4fache hinter den Stundenverdienst hergefallen. Er schlägt vor, die Beitragsmatten auf die Tarifklassen auszubauen, und verlangt 30 v. H. als Lokalbeitrag. Eine unterschiedliche Behandlung der Lokalstellen verweist er. Es sei zu erwägen, ob man jeweilige Beitragsklassen zulassen könne.

Böcker (Mün): In der Frage der Lokalbeiträge können nicht alle Grundätze zu gleicher Zeit angewendet werden. Muster- und Unterstützungsberechnungen werden große Schwierigkeiten ergeben. Beim Grundfabrik Stundenlohnbeitrag muß es bleiben. Die Unterstützungssätze sind zu hoch. Es ist richtiger, den Satz niedriger anzusetzen und später zu erhöhen, als umgekehrt zu verfahren. Die Eingangszeit muß befristet werden, wenn die Organisation nicht Schaden nehmen soll. Der Vorstand hat oft schon Besserung gelobt, aber noch nicht gehalten.

Sandte (Stuttgart) wendet sich gegen die Ausführungen Böckers und legt die Tätigkeit des Vorstandes bezüglich der Vorlage klar. Am Ende von Böhlers weist Reuber nach, daß die Verwaltungen mit dem vom Vorstand vorgeschlagenen auskommen können. In anderen Organisationen berührt sich die Regelung.

Polz (Berlin) weist den Vorwurf Schulenburgs, als ob planmäßig Opposition getrieben würde, zurück. Ein außerordentlicher Verhandlungsfall sollte schon längst einberufen werden müssen. Die der Vorstand die Beitragsregelung aufgebrochen hat, ist sie nicht glücklich. Die Beispiele von anderen Organisationen können nicht angeführt werden. Nach außen prahlen sie mit großen Höhen, in der Praxis sieht es aber dann anders aus. Wir müssen die hohen Ausgaben mehr beachten.

Limm (Dresden) wendet sich gegen den außerordentlichen Verhandlungsfall. Der Antrag, den er in der Öffentlichkeit und bei unseren Mitgliedern machen würde, wäre ein ungünstiger. Die Erhöhung des Beitrags nach dem Verdienst ist berechtigt. Es kann der Verdienst nicht jeder Branche erhöht werden, den höher Verdienenden muß die Mitgliedschaft gegeben werden, sich höhere Unterstellungen zu errechnen. Der Bericht sei das Deutlichste nicht erwähnt. Mit Erhebung eines weiteren Lokalzuschlages kann ich mich nicht einverstanden erklären. Die Zahl der Mitglieder wird zu groß. Die Lokalstellen brauchen 30 v. H. Falls der Vorstand mit 30 v. H. nicht einverstanden, muß die Unterstützungshöhe begrenzt werden.

Dörmann (Stuttgart): Es gilt zu prüfen, ob ein Verbandsbeitrag wünschenswert ist. Die Zeit drängt, wenn wir nicht mit unseren Beiträgen zurückbleiben wollen. Es ist ein schweres Stück Verantwortung, die wir zu tragen den Ältern haben müssen. Machen wir uns das Leben mit der Praxis nicht selbst schwerer, als es bereits ist. Über die Frage der Lokalbeiträge kann eine Entscheidung ergriffen werden. Die Belastung des Verbandes ist von zwei Umständen abhängig, von Krise und von Krisen, darum müssen wir für höhere Beiträge sorgen, um höhere Unterstellungen gewöhnen zu können. Eine gleichmäßige Erhöhung der Unterstellung kann nicht befristet werden. Wenn der Vorstand 30 v. H. Lokalanteil bewilligt, dann kommen immer noch einige Verwaltungen, die 30 v. H. und noch mehr haben wollen. Wo ist dann die Grenze? Gewöhnen wir aber 30 v. H. Anteil, dann müßte bei den Unterstellungen abgebaut werden, und das kann es nicht geben. Verwaltungen mit alter Mitgliedschaft können ohne große Schwierigkeiten um 10 v. H. mehr erheben. Wäcker ist zurückkommen, ein Abbau der Unterstellungen würde zeitlich der Organisation teuer zu stehen kommen. Wenn keine kann es auch hier und bei den beteiligten Gewerkschaften. Der Hauptstoß kann nicht alles aufgelöst werden.

Es zeigt an Beispielen aus seiner Verwaltung den Lokalanteil ungenügend zu wählen. Lokalanträge dieses über den Stundenverdienst hinaus mögliche Einwirkung auf die Mitgliedschaft.

Heute mit, daß sich die Ältern und Vorstand noch nicht befähigt haben und nun vorziehen, den von 25 v. H. zu erhöhen. Daher kann nicht getan werden. Verwaltungen, die keine 25 v. H. bedürfen, das ist in der Regel solche, deren Betrieb durch die Beitragsleistungen der Mitglieder antragender großer Verwaltungen gestattet werden, enthalten 15 v. H. Des weiteren gibt er die abgeänderten Unterstützungssätze bekannt.

Karl (Münster) nimmt der Vorlage zu und betont, daß jeder nur so viel eine durchgeführte Änderung getroffen wurde, wie sich ihm aber dagegen, daß die Unterstellungen erst vier Wochen später in Kraft treten.

Der Antrag Öttinghaus und Genossen verlangt, an Stelle von 15 und 25 v. H. zu 15 und 30 v. H.

Geyer (Hohenlimburg): Trotz aller Beschleunigungsversuche können die Ortsvereinigungen mit dem neuen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht auskommen. Er könne sich dazu entschließen, den Vorstand zu beauftragen, die Beitragsfrage wie das letzte Mal zu behandeln. Konrad (Hannover): Um die Kollegen im Hause in den Stand zu setzen, über die Lokalstellen auszubauen, muß die Vorlage geändert werden. Es geht nicht, wenn der Vorstand noch Lokalbeiträge zu erheben. Der Vorstand kann sich nicht zehntausend. Der Charakter der Hauptgewerkschaft muß verstanden gehen, wenn die Erwerbshöhenunterstützung nicht auf Kosten der Ortsvereinigungen.

Öttinghaus (Südwestfalen): Mit dem Lokalbeitrag müßten wir aus einer mittlichen Linie einziehen, und das ist unbedingt 30 v. H. Die Schöpfung eines beschränkten Lokalbeitrages ist ganz verfehlt. Nicht möglich ist umzusetzen, man sollte in den einzelnen Orten eine größere Zahl Kollegen zulassen, dann könnten die Erwerbshöhen besser ergriffen werden.

Strobel: Es ist nicht gut, daß für die Dauer der Unterstützung der Höhe vorgeschlagen werden.

Im Schlußwort seinem Kollegen Eggert alle geeigneten Vorschläge und bietet die Vorlage anzunehmen. Sollten sich Mängel in der Praxis ergeben, so steht einer Änderung in Höhe nichts im Wege. Der Antrag Öttinghaus erhöht nur bestehende Schwierigkeiten. Die Gesamtversammlung ergibt, daß für die Dauer der Erwerbshöhenunterstützung die Vorlage zu verabschieden. Gegen 12 Stimmen wurde dem die Vorlage angenommen. Einmütig wurde beschlossen, die Vorlage zum 1. Januar 1923 in Kraft treten zu lassen.

Die beschlossene Beitrags- und Unterstützungsberechnung ist in den Beilagen folgend:

Mit Wirkung vom 31. Dezember 1922 (1. Beitragsperiode des Jahres 1923) tritt folgende Berechnung in Kraft:
 Beitragsmaßstab:
 Das Beitragsmaß beträgt: über 25 Jahre, eine Unterklasse des Lohnklasse, 100 A, von 15 bis 25 Jahre, eine Unterklasse des Lohnklasse, 50 A, unter 15 Jahren, eine Unterklasse des Lohnklasse, 30 A, für Familienbeiträge, eine Unterklasse des Lohnklasse, 20 A.
 Beitragsrechnung:
 Die für die Beitragsrechnung erforderlichen Mittel werden durch entsprechende Beiträge nach dem Gehaltensmaßstab, daß jeder Verbandsmitglied eine Unterklasse des Lohnklasse und Gehaltens ein durch den Mitgliedsbeitrag des Lohnklasse zu erreichen ist.
 Nach Festsetzung dieser Berechnung muß jede Unterklasse mit dem Gehaltensmaßstab der Lohnklasse nach jeder allgemeinen Gehaltsänderung die entsprechende Lohnklasse in die dem Gehaltensmaßstab des Lohnklasse entsprechende Beitragsklasse eintragen; es sei denn am Sonntag den 12. Januar 1923. Aufgehoben für die Unterstützung.

Die für die Beitragsrechnung erforderlichen Mittel werden durch entsprechende Beiträge nach dem Gehaltensmaßstab, daß jeder Verbandsmitglied eine Unterklasse des Lohnklasse und Gehaltens ein durch den Mitgliedsbeitrag des Lohnklasse zu erreichen ist. Nach Festsetzung dieser Berechnung muß jede Unterklasse mit dem Gehaltensmaßstab der Lohnklasse nach jeder allgemeinen Gehaltsänderung die entsprechende Lohnklasse in die dem Gehaltensmaßstab des Lohnklasse entsprechende Beitragsklasse eintragen; es sei denn am Sonntag den 12. Januar 1923. Aufgehoben für die Unterstützung.

Stufung in jenem der durchschnittliche Stundenverdienst in den aus- schlaggebenden Industrien.

Festsetzung des Wochenbeitrags.
 Die Ortsvereinigungen oder deren Vertreter ermitteln an Hand der abgeschlossenen Tarif- und Kollektivverträge den durchschnittlichen Stundenverdienst der in ihrem Verwaltungsbereich vorhandenen Berufsgruppen einschlagender Industrien.
 Es muß dabei beachtet werden, daß nicht nur der tarifliche Mindestlohn, sondern der wirkliche aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebende durchschnittliche Stundenverdienst (Lohn und Urlaub) in Rechnung gebracht wird.

Darauf werden von den Ortsvereinigungen oder deren Vertreter nach den so ermittelten Stundenverdiensten der Mitglieder 6 bis 8 in Betracht kommende Beitragsklassen festgestellt. Die Entscheidung über die Möglichkeit der Eintragung hat der Vorstand.

Einträgen in höhere Beitragsklassen.
 Jedem Mitglied steht das Recht zu, innerhalb der von den Ortsvereinigungen festgesetzten Beitragsklassen die höchste Beitragsklasse zu wählen.

Unterstützungen.
 Die Unterstützungssätze ergeben sich bei allen Unterstützungsarten aus dem jeweiligen Erhebungsstadium 6 Wochen zurückgerechneten durchschnittlichen Beitragsleistung.
 Während der Dauer des Bezugs von Unterstützungen bleiben Beitragsleistung und Unterstützungssätze unverändert.
 Nach der vom jeweiligen Erhebungsstadium (6 Wochen zurückgerechnet) so ermittelten durchschnittlichen wöchentlichen Beitragsleistung betragen: Das Reibegeld für den Tag den einfachen Beitrag des durchschnittlichen Wochenbeitrags auf die Dauer von 30 Tagen.

Die Umzugsunterstützung:

Bei einer Mitgliedschaftsdauer von	bis 150 km	über 150 km Entfernung
52-150 Wochen	das 5fache	das 3fache
157-260	8	10
261-364	7	12
365-468	9	14
469-572	12	17
über 573	15	22

Die Erwerbshöhenunterstützung:

Bei einer Mitgliedschaftsdauer von	für den Tag	für die Woche
52-156 Wochen	40 v. H.	270 v. H.
157-260	47	282
261-364	49	294
365-468	52	312
469-572	55	380
über 573	60	360

Das Sterbegeld:
 Bei einer Mitgliedschaftsdauer von

52-104 Wochen	das 7fache
105-156	9
157-208	11
209-260	13
261-312	15
313-364	18
365-416	21
417-468	25

Streik- und Gewahrgeltemunterstützung
 (§ 15 Abs. 2 und § 16 Abs. 1 des Statuts)
 für den Tag

a) für die Frau für den Tag 15 v. H.
 b) für jedes Kind 10 "

Zukunftstritte der neuen Unterstützungssätze.
 Die neuen Unterstützungssätze treten mit dem Tage in Kraft, an welchem erstmals der neue Beitrag fällig ist.

Was sich die Kirche leistet

Daß die katholische Kirche ihre Anhänger in unerschütterlich geistiger Einheit erhalten möchte, ist allgemein bekannt. Bei der Industrialisierung gelangen die Verweise nicht mehr so recht täglich fühlen sie in den Industriebetrieben den „Segen“ dieser Gottgewollten, kapitalistischen Gesellschaftsordnung und so glauben sie nicht mehr an die Lehre: „Der Knecht ist, soll Knecht bleiben.“ Sie wälzen für sich und ihre Familien den harten schweren Kampf ums Dasein kämpfen und dabei kommen ihnen immer mehr und mehr die Widersprüche der christlichen Kirche zum Bewußtsein. In ihrem Daseinskampf suchen sie dann Schutz in den freigeberwerblichen Verbänden. Das sagt der von dem Reichsteil seiner Schwestern besorgten Schriftsteller, jedes Gelegenheit bemüht sie, um ihren Glauben die moderne Arbeiterbewegung zum Ausdruck zu bringen. Bezeichnend ist folgender Fall:
 Die Arbeiter einer Fabrik in Goslar haben sich im Deutschen Gewerkschaftenverband organisiert. Der Gewerkschaft hat ihnen gedroht, wenn sie weiter mit dem Verband blieben, würden sie von dem „Religionsrat“ ausgeschlossen und vom Kirchenbesuch ausgeschlossen werden. Die Arbeiter haben sich dann an die bischöfliche Behörde in Hildesheim an Rat gewandt und die Antwort erhalten, daß es den bischöflichen Arbeitern in Goslar nicht gestattet werden kann, den freien Gewerkschaften als Mitglied anzugehören. Die freien Gewerkschaften können ihre Mitglieder für den Sozialismus, wie einmündig nachgewiesen werden kann. Es ist außerdem in Goslar die Möglichkeit gegeben, daß den christlichen Gewerkschaften anzugehören. Wenn ein katholischer Arbeiter in Goslar trotz aller Erklärung bei den freien Gewerkschaften verbleibt, so schließt er sich von selbst dem Empfang der Kommunion aus. Wir erwarten, daß die katholischen Arbeiter in Goslar die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche höher schätzen als die Zugehörigkeit zu den freien Gewerkschaften.
 Hoffen wir, daß die Goslarer Arbeiter auf diese echt christliche Unabhängigkeit die größte Antwort gefunden haben. Sie wissen nämlich, und auch ihre Frauen begreifen es langsam, daß ihre Arbeitskraft, somit die Grundlage ihrer Familie durch den Verband besser geschützt wird als durch die Kirche mit ihren Kommunionstrafen.

Eingegangene Schriften

Briefe sind beim Verlag oder in einer Buchhandlung zu erfahren.
 Der Jahre politische Wand. Von G. J. Gumbel. Die bekannte Broschüre „Zwei Jahre politischer Wand“ erröge bei ihrem Erscheinen allgemeinere Aufmerksamkeit. Der Kammernord und die letzten Erhebungen zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die monarchistische Demokratie ihr veraltetes Reichthum verlor. Das Buch wurde angegriffen, aber leider! konnten Gumbels Vorleser nicht werden. Die einzige Lesart, daß die neue Vorlage „Zwei Jahre politischer Wand“ heißt, liegt schon genug über die Dinge, aber unparteilicher Zeitschrift Gumbel ist in einem Sinne in Gumbel allerdings nicht unparteilich. Er nimmt Partei für das Recht. Seine Schrift ist nicht nur eine Kampfbuch gegen den Reichthum, die er bekämpft, sondern auch gegen die Kirche, die bisher keinen einzigen Wand von rechtlich willig ist. Verlag der Neuen Schicksal, Berlin-Tiergarten, Poststr. 3.
 Kommunalerklärung. Vom 1. Juli bis 1. Januar der von Januar ab seit der „Kommunalerklärung“ und „Eingangsbescheid“ im Verlag Neumann, Berlin, 82.68, erscheinende „Kommunalerklärung“ durch richtige Erklärung dieser neuen Kommunalerklärung bei ihrem Entstehen. Von den bisherigen Kommunalerklärung der „Kommunalerklärung“ und „Eingangsbescheid“ haben nur diejenigen, welche ihre Abwesenheit bisher nicht beim Reichthum oder Reichthum selbst begreifen, sondern das Abwesenheit auf die „Kommunalerklärung“ bei den selben Stellen zu bestimmen, die folgenden bisherigen Kommunalerklärung der „Kommunalerklärung“ und „Eingangsbescheid“ erhalten die neue Kommunalerklärung „Kommunalerklärung“ ohne weiteres anstatt der früheren Kommunalerklärung gegeben.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 24. Dez. ist der 52. Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. bis 30. Dezember 1922 fällig.

Mit Sonntag den 31. Dez. ist der 1. Wochenbeitrag für die Zeit vom 31. Dez. 1922 bis 6. Jan. 1923 fällig.

Die Gebühren für Erfahmitgliedsbücher betragen ab 15. Dezember 1922 einschließlich Porto:
 für ein Erfahmitgliedsbuch 150 Mk.
 eine Erfahmitgliedskarte 75

Bei Bestellung von Erfahbüchern und -Karten sind die üblichen Bestellformulare zu benützen. Der Betrag ist in Kassenscheinen beizufügen. Briefmarken und sächsische Geldscheine können nicht in Zahlung genommen werden.

Bei Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ist stets die allgemeine Adresse: Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Eulistraße, Mühlstraße 16 A, zu verwenden, da bei Zuschriften an einzelne Vorstandsmitglieder bei deren Ortsabwesenheit unliebsame Verzögerungen nicht zu vermeiden sind. Zuschriften in anderen Angelegenheiten an einzelne Vorstandsmitglieder sind mit der Aufschrift „Besonders“ zu versehen.

Die Erhebung von Ortsbeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:					Höhe des Ortsbeitrags
	I	II	III	IV	V	
Hann.	25,-	20,-	20,-	15,-	5,-	16. Woche
Oberh.	15,-	15,-	10,-	5,-	-	18. "
Sachsen	20,-	15,-	15,-	10,-	5,-	14. "
Schlesien	25,-	20,-	15,-	15,-	-	18. "
Südwestf.	15,-	10,-	10,-	5,-	5,-	18. "
Südostf.	25,-	20,-	15,-	15,-	5,-	18. "
Südwestf.	25,-	20,-	20,-	10,-	5,-	18. "
Westf.	25,-	20,-	15,-	15,-	5,-	18. "

Die Nichtbezahlung dieser Ortsbeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Anforderung zur Rechtfertigung:
 Das nachfolgend genannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhoobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Zur Antrags der Verwaltungstelle Wessenskirchen:
 Der Schlosser Adhemar Dellaloy, geb. am 21. Februar 1890 zu Schönen, Mitgliedsbuch Nr. 4.921.652, wegen unkollegialen Verhalten.

Abgestrichen wird nach § 22 Abs. 3 des Statuts:
 Auf Antrag der Verwaltungstelle Berlin:
 Die Mitgliedschaft des Schlossers Wilhelm Nech, geb. am 6. Mai 1897 zu Regenwäldchen, Mitgliedsbuch Nr. 4.864.640.

Der Werkzeugmacher Josef Fricker, Buchnummer 4.978.944, geb. 18. März 1893 zu Bregenz, eingetr. 2. September 1921 zu Söding, wird hiermit aufgefordert, seine jetzige Adresse mitzuteilen. Die Ortsverwaltung oder Kollegen unseres Verbandes, denen sein gegenwärtiger Aufenthalt bekannt ist, bitten wir um sofortige Nachricht.
 Mit kollegialen Gruß
 Der Vorstand.

Zur Beachtung! Zugang ist fernzuhalten:

von Formern und Arbeiterarbeitern nach Baumhäuser (Barbarossahütte, Rhein.-Westf. Gußwerke Oberhardt & Co.) D.; nach Ungarn D.; von Hammerstädten nach Schwang bei Jähren i. Wörlau (Wesermündung) St.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Dautzig E.; nach Lauterberg a. Harz (Franz Kupfmann) St.; nach Hildesheim A.; nach Heulenroba (Fritz Kühnel, A.-G.) D.; von Eisenarbeitern nach Thüring bei Auffg. Tischpostowate (Hammerwerke) v. St.; von Schlichtern nach Kronenberg (Ernst Neuhaus) A.
 A. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; M. = Mißstände; N. = Auslieferung; Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsvereinigungen und Bezirksvereinigungen an den Vorstand eingeleitet werden und ausdrücklich begründet sein.
 Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der bestmögliche Ort nicht in der Zeitung gefordert ist, Gründung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zeitlich angehört, zum Ausdruck der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Zur Beachtung für Abonnenten und Interessenten

Die gewaltigen Papierpreiserhöhungen zwingen auch die Metallarbeiter-Zeitung, die Gebühren der Forderung entsprechend zu erhöhen. Vom 1. Januar 1923 ab kostet die Zeitung vierteljährlich 600 M. Einzelnummern werden nur nach vorheriger Einzahlung des Betrages abgegeben und kosten das Stück 60 M. Die Anzeigengebühren für die sechsgeplante Kolonnette oder deren Raum beträgt 600 M. Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.
 Der Verlag der Metallarbeiter-Zeitung.

Verbands-Anzeigen

Angestellte gesucht.
 Oberoberl. unsere Verwaltung sucht zum baldigen Antritt einen weiteren Geschäftsführer. Verlangt wird große Kraft mit technischer und organisatorischer Beschäftigung. Besoldung mind. 6000 M. jährliche Beitragsleistung in unserer Organisation. Gehalt nach den Besoldungen des Reichs-Gewerkschaftenverbandes mit entsprechender Versicherungsbeitragsleistung. Bewerbungen mit Angabe der wahren Tätigkeit in der Arbeitsbewegung sowie einem Antrag. Die Tätigkeit eines Gewerkschaftsführers, ferner Alter, Gesundheitszustand und Familienverhältnisse sind mit der Antragskarte verbindlich bis spätestens 15. Januar 1923 an die Verwaltungstelle Oberoberl. a. M., Schumannplatz 2, einzureichen. Bewerber werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Wahrscheinlichkeit am Wage jeder keine gültige sind.
 Zutreffendes zu Geschäftsstellen wurden die Kollegen Fiedl, Reutlingen a. K. o. s. m. a. n. n., Zutreffendes gewährt. Den übrigen Bewerbern besten Dank.

Sonstige Anzeigen

Qualitäten der, die Arbeiterzeitung hat zu dem (sonstigen) Besten, Auszubereitende nur zu dem Besten dieser Zeitung zu richten.
Schwarzblechlempner zum lohnigen Geschäftsbetrieb hat gerufen. Gute bei Reich in Notizen und Paraffinlempner gezeichnet haben, werden bevorzugt.
 Hannemann-Notizen-Verf. Amt, Berlin.
 Druck und Verlag von Alexander Schlick & Co., Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Stuttgart, Kötterstraße 16 B.